

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38

48147 Münster

muenster@gfbv-rg.de

www.gfbv.de, www.rg-muenster.gfbv.de

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Regionalgruppe
Münster

Münster, 7. Mai 2026

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,

sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Rundbrief möchten wir auf einige ausgewählte Veranstaltungen hinweisen.

Diesen Samstag erinnern wir im Kirchenfoyer an die **Bücherverbrennung** durch die Nazis.

Bereits am Vormittag findet am Gesundheitshaus der diesjährige **Freiwilligentag** statt, eine gute Gelegenheit mit vielen ehrenamtlichen Gruppen ins Gespräch zu kommen.

In den letzten Tagen wurden bereits die Veranstaltungsreihen zum **FriedensKulturMonat** (September) mit dem Thema „Wie geht Frieden?“ und des städtischen **Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit**, dieses Jahr unter dem Motto „Vielfalt als Verantwortung“ (November/Dezember), auf den Weg gebracht. Wir werden auch hier mit mehreren Angeboten beteiligt sein, darunter zu Syrien und den Minderheiten, zu Sudan/Darfur und der Ukraine.

Mit Interesse sehen wir auch der Verleihung des **Alternativen Westfälischen Friedenspreises** im September entgegen. Bereits im Vorfeld finden verschiedene friedenspolitische Veranstaltungen statt.

Unsere alltägliche, in Münster rein ehrenamtliche Menschenrechtsarbeit geht natürlich auch abseits öffentlicher Kommunikation weiter. Über Unterstützung jeglicher Art freuen wir uns.

Mit herzlichem Gruß

" Bücher aus dem Feuer "

Lesung in Erinnerung an die Bücherverbrennungen durch die Nazis

Samstag, 9. Mai 2026, 16 - 17 Uhr

Kirchenfoyer Münster, Salzstr.1, 48143 Münster

Vor 93 Jahren inszenierten Nationalsozialisten in über 160 Orten Bücherverbrennungen im Rahmen der „Gleichschaltung“ von Literatur und Kunst. Auch in Münster brannten am 10. Mai 1933 die Werke jüdischer, marxistischer, christlicher und regimekritischer Autoren. Unter dem Motto „Bücher aus dem Feuer“ erinnern wir kommenden Samstag (9.5.2026) um 16 Uhr im Kirchenfoyer (Salzstr.1) mit einer Gedenklese an die Ereignisse.

Eintritt frei !



Lesung zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auch in Münster

mit Kajo Schukalla (GfbV)

Die Bücherverbrennung war das Fanal für nachfolgende Vertreibung, Verfolgung, Morde bis hin zum Völkermord.

Unsere Erinnerung ist verpflichtende Mahnung! Wir in der Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit beobachten heute mit Sorge in vielen Staaten die zunehmende Verfolgung politisch missliebiger Autoren.

Zum Foto: Der "Schandpfahl" vom 6. Mai 1933 auf dem Domplatz, heute findet sich dort an der Ecke Fürstenberghaus/ LWL-Museum eine Gedenktafel im Boden.

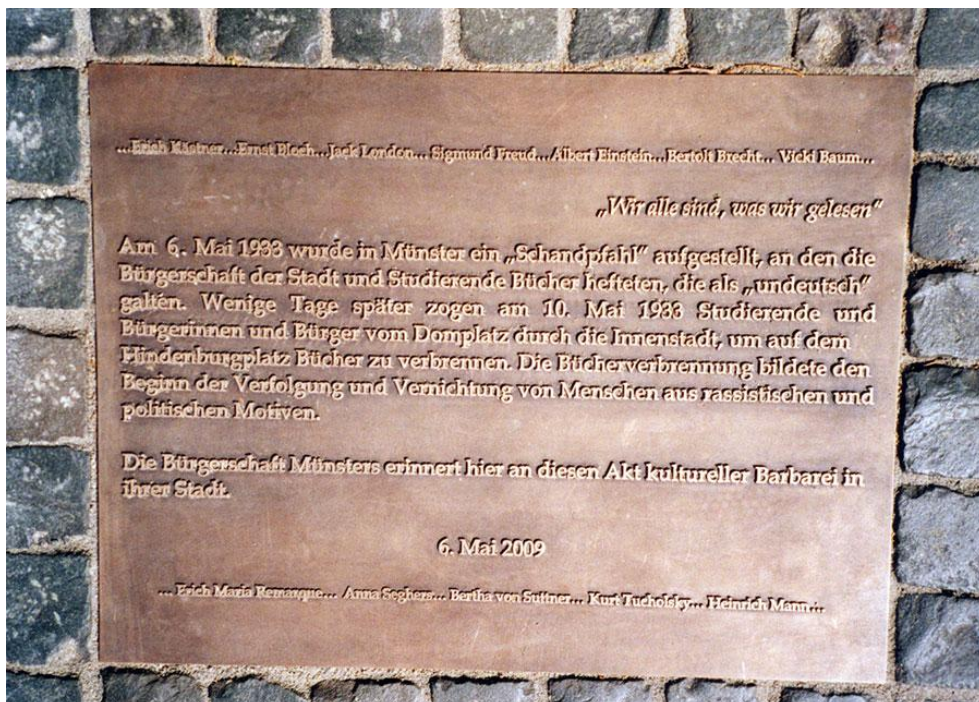
Foto: Stadtarchiv Münster, Fotosammlung Nr. 5162

Für die am 6. Mai 2009 enthüllte **Gedenkplatte** hatten wir als GfbV-Regionalgruppe rund zehn Jahre mit Vorschlägen, Anregungen, Eingaben und nervenden Untätigkeitsbeschwerden

gestritten. Gewünscht hätten wir uns ein etwas auffälligeres Mahnmal, aber immerhin gibt es jetzt eines.

Es wäre ein schönes Zeichen, wenn manche von uns gelegentlich an der Gedenkplatte am Domplatz an der Ecke Fürstenberghaus/ LWL-Museum eine Blume ablegen würden. Dann schauen sicher mehr auf die etwas verschämt-versteckte Bronzeplatte.

<https://www.stadt-muenster.de/kriegerdenkmale/erinnern-nach-2000/gedenktafel-buecherverbrennung>



„Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“
Heinrich Heine (1820)

FreiwilligenTag Münster

Samstag, 9. Mai 2026, 11 - 16 Uhr

Im und um das Gesundheitshaus

Gasselstiege 13, Münster

Mit viel Engagement und Vorfreude ist der 11. Freiwilligentag Münster jetzt offiziell vorgestellt worden. Beim Pressetermin machten die Beteiligten deutlich: Am 9. Mai wird rund um das Gesundheitshaus wieder sichtbar, wie stark und vielfältig das Ehrenamt in Münster ist.

Fast 50 gemeinnützige Organisationen präsentieren sich auf dem Engagement-Mark. "Wer Lust hat, ehrenamtlich etwas Gutes zu tun, kann ganz unverbindlich mit vielen unterschiedlichen Organisationen direkt sprechen", betont Malena Theele von der Freiwilligenagentur Münster.

Neben Austausch und Information bietet der Tag auch konkrete Unterstützung. Von Fördermöglichkeiten für Projekte bis hin zu neuen Kontakten und Kooperationen. Aktionen wie die Schnippeldisco mit foodsharing Münster oder das Ehrenamts-Speeddating machen Engagement erlebbar und laden zum Mitmachen ein.

Gemeinsam mit Malena Theele haben Sparkassenvorständin, Dr. Annegret Saxe, und Daniel Großbröhmer, Leitung der Kommunalen Stiftungen, für den Tag geworben. Schirmherr, Oberbürgermeister Tilman Fuchs, konnte zwar beim Pressetermin nicht dabei sein, wird aber den Freiwilligentag am 9. Mai persönlich eröffnen.

<https://www.freiwilligenagentur-muenster.de/de/engagieren/freiwilligentag-2026/>

FreiwilligenAgentur Münster

Programm

9. Mai 2026 am Gesundheitshaus

11:00 Uhr	Beginn
11:30 Uhr	Eröffnung durch Tilman Fuchs Oberbürgermeister der Stadt Münster und Schirmherr des Freiwilligentages
Im Anschluss	Rundgang und Besuch des Engagement-Marktes
12:00 Uhr	Schnippeldisco mit foodsharing Münster
14:00 Uhr	Ehrenamts-Speeddating
15:00 Uhr	DJ-Set mit der Soli Leeze

11. FREI WILLIGEN TAG MÜNSTER

[freiwilligenagentur-muenster.de](https://www.freiwilligenagentur-muenster.de)

Alternativer Westfälischer Friedenspreis

Preisverleihung: Freitag, 25. September 2026 18:00 Uhr,

Historisches Rathaus zu Münster

zuvor 14 – 18 Uhr großes Friedens- und Kulturfest

auf dem Domplatz, organisiert vom Friedensforum Münster

Auf der Internetseite finden sich bereits mehrere Veranstaltungshinweise im Vorfeld der Preisverleihung.

<https://www.alternativerwestfaelischerfriedenspreis.de/>

Der Alternative Westfälische Friedenspreis entstand vor allem in Reaktion auf die angekündigte Vergabe des Internationalen Preis des Westfälischen Friedens der Wirtschaft an die NATO. Es soll aber künftig regelmäßig verliehen werden.

„Mit der Verleihung des Alternativen Westfälischen Friedenspreises alle zwei Jahre werden Friedensarbeit und Friedenspolitik gewürdigt und gefördert.

Mit dem Preis sollen Menschen, Institutionen oder Gruppen geehrt werden, die dazu beitragen, die Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu fördern, eine Konfliktlösung durch Dialog und Diplomatie zu suchen und Feindbilder abzubauen. Es werden Menschen geehrt, unabhängig von ideologischen, religiösen oder parteipolitischen Kriterien und unabhängig von ihrer sozialen oder nationalen Zugehörigkeit. Preistragende können Menschen oder Initiativen werden, die durch ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Menschlichkeit Frieden - auch zwischen Feinden stiften. So können mutige Projekte und Ideen, die Brücken bauen und eine friedliche und kooperative Welt anstreben, einen Preis von 10.000 Euro erhalten. Die Preisverleihung findet im Rathaus in Münster statt.“

<https://www.alternativerwestfaelischerfriedenspreis.de/>

Dies noch zur Information zum bereits etablierten Friedenspreis:

Der Internationale Preis des Westfälischen Friedens

Preisverleihung: Donnerstag, 1. Oktober 2026, 18 Uhr

Historischen Rathaus

Alle zwei Jahre verleiht die Wirtschaftliche Gesellschaft den Internationalen Preis des Westfälischen Friedens. Der Preis, der auch an den Westfälischen Frieden von 1648 anknüpft, ist mit 100.000 Euro der höchstdotierte Friedenspreis, der von der Wirtschaft vergeben wird.

2026 wird der Preis an die **NATO** verliehen, „für ihr Engagement für Sicherheit und Frieden“. Stellvertretend für die Organisation wird ihr Generalsekretär Mark Rutte ausgezeichnet, Bundeskanzler Friedrich Merz wird die Laudatio sprechen. Der Jugendpreis geht an die Organisation socioMovens, Giving Europe a Soul.

<https://www.wirtschaftliche-gesellschaft.de/internationaler-preis-des-westfaelischen-friedens>



Vormerken sollten wir uns auch den NRW-Tag, hier Auszüge aus der offiziellen Ankündigung:

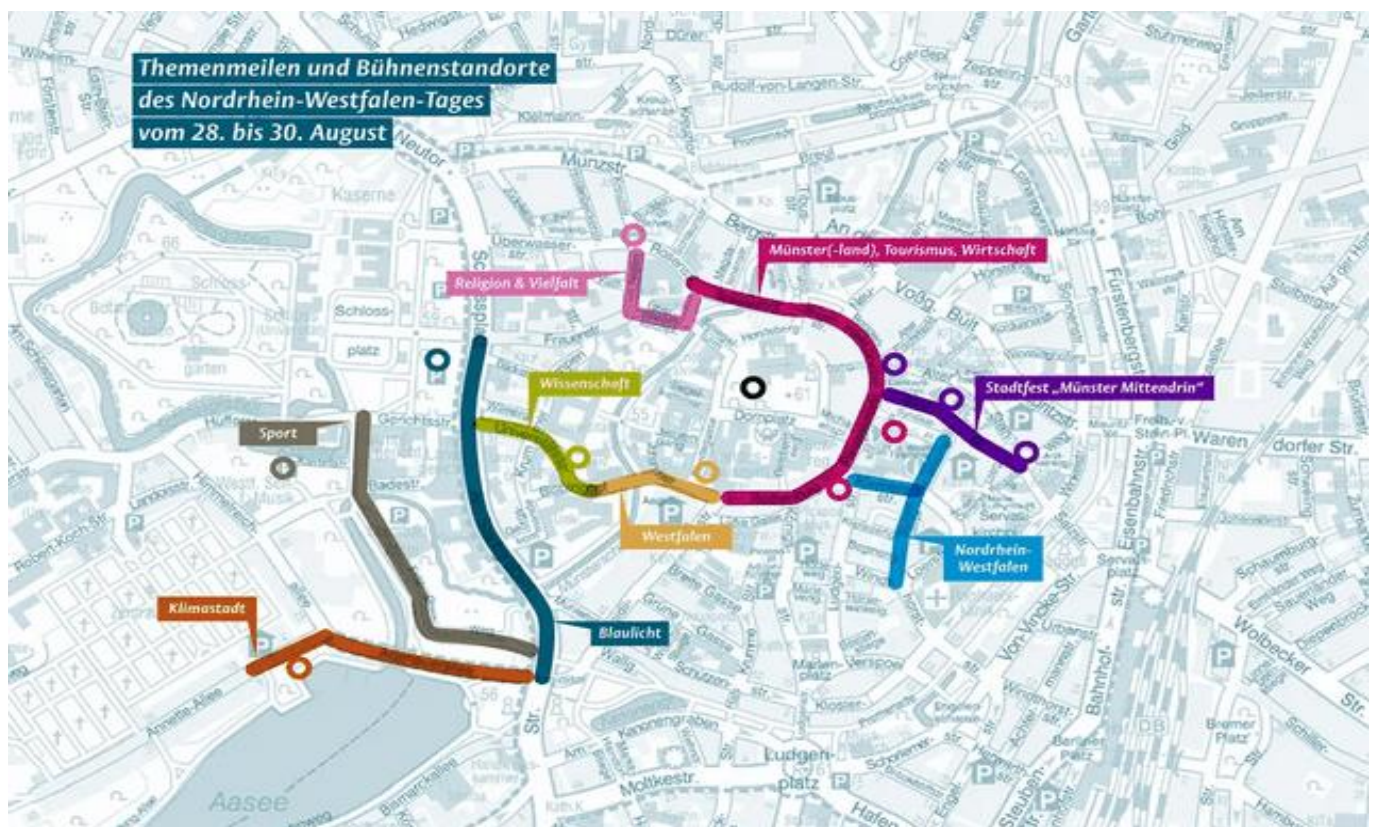
Nordrhein-Westfalen-Tag 2026 in Münster

**Demokratie lebt. Vielfalt verbindet. Münster feiert 80 Jahre NRW.
28. bis 30. August 2026**

Vom 28. bis zum 30. August 2026 wird Münster zum Herz von Nordrhein-Westfalen! Feiern Sie mit uns den **80. Landesgeburtstag** und freuen Sie sich auf ein buntes Programm aus **Musik, Kultur, Mitmachaktionen und spannenden Ausstellenden** – ein Wochenende für die ganze Familie. Unter den Leitmotiven **Demokratie, Klima, Vielfalt und Frieden** wird die Innenstadt von Münster zu einem lebendigen Festplatz, der Menschen verbindet und begeistert.

Geplant sind Themenmeilen in der gesamten Innenstadt. Sie befassen sich mit Klima, Wissenschaft, Sport, Blaulicht, Tourismus, der Region Westfalen, Religion und Vielfalt sowie Münster und dem Münsterland. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird sich zu landespolitischen Themen präsentieren. Alle Themenbereiche stehen unter dem Motto „Demokratie lebt. Vielfalt verbindet“.

Details und aktuelle Nachrichten siehe auf der Internetseite <https://www.nrw-tag.ms/>



Als GfbV wären wir mit anderen ehrenamtlichen Menschenrechts- und Eine-Welt-Gruppen an einem Präsentationszeltstand interessiert. Wegen horrender Kosten haben wir verzichten müssen. Auf verschiedenen Ebenen bemühen wir uns um kostenfreie Nutzungsmöglichkeiten. Wir werden sehen, was sich erreichen lässt.

Aktuelle GfbV - Pressemitteilungen (in Auswahl)

<https://www.gfbv.de/de/informieren/presse/>

Pressemitteilung

06.05.2026

EnBW-Hauptversammlung (7.5.)

Im grünen Ländle: Kohleprofit auf Kosten der Wayúu

Während die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) auf ihrer Hauptversammlung, online am morgigen 7. Mai, Dividenden in Höhe von 551 Millionen Euro beschließen möchte, leidet das Indigene Volk der Wayúu in La Guajira unter den Folgen des Kohleabbaus in Kolumbien, der diese Gewinne ermöglicht hat. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert den Energiekonzern daher auf, endlich Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Cerrejón-Tagebau zu übernehmen: „EnBW privatisiert die Gewinne und überlässt die sozialen und ökologischen Kosten den Menschen im Globalen Süden. Gerade für das grün regierte Baden-Württemberg und dessen designierten Ministerpräsidenten Cem Özdemir ist dieses Verhalten eine Schande“, erklärt Jan Königshausen, GfbV-Referent für Indigene Völker. „Als größter Anteilseigner wird das Ländle ordentlich von der Gewinnausschüttung profitieren und trägt damit eine Lieferkettenverantwortung. Mit der Ankündigung, irgendwann aus der Kohleverstromung auszusteigen, dürfen sich weder EnBW noch Özdemir aus dieser Verantwortung stehlen. So kann es niemals eine glaubwürdige Energiewende geben.“

Der Tagebau Cerrejón gehört zu den größten und umstrittensten Steinkohleminen der Welt und wird vom Schweizer Rohstoffkonzern Glencore betrieben. Seit Jahren dokumentieren Menschenrechtsorganisationen und kolumbianische Gerichte systematische Verstöße: „Die Zerstörung der Wasserversorgung tausender Menschen, die Zwangsumsiedlung zahlreicher Gemeinschaften ohne angemessene Entschädigungen aber mit Folgen für die lokale Bevölkerung. Wayúu-Kinder sterben an Unterernährung und kontaminiertem Wasser. Zudem sind Morde an Menschenrechtsverteidigern, Einschüchterungen und die Missachtung indigener Konsultationsrechte dokumentiert“, resümiert Königshausen. „Als größter Anteilseigner trägt das Land Baden-Württemberg eine direkte Mitverantwortung für diese Geschäftspraktiken.“

Die GfbV fordert die EnBW AG und ihre Anteilseigner dringend auf, sich aktiv an Entschädigungs- und Renaturierungsmaßnahmen in La Guajira zu beteiligen, vollständige Transparenz über frühere und bestehende Lieferketten herzustellen und klare menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umzusetzen. Deutschland war 2024 mit 2,9 Millionen Tonnen der drittgrößte Abnehmer kolumbianischer Steinkohle, insgesamt kamen seit 2004 über 110 Millionen Tonnen Steinkohle aus Kolumbien hier her. EnBW hat als einer der größten deutschen Energieversorger jahrelang Steinkohle aus Cerrejón verbrannt – und damit direkt von Menschenrechtsverletzungen profitiert. Trotz des angekündigten Kohleausstieg bis 2030 hat der Konzern keine Wiedergutmachung für die Betroffenen geleistet. Auf der diesjährigen Hauptversammlung soll das Thema nicht einmal angesprochen werden.

Kontakt: Jan Königshausen, Referent für Indigene Völker, E-Mail: j.koenigshausen@gfbv.de

Pressemitteilung

04.05.2026

EU-Parlament verurteilt Chinas Assimilationspolitik

Deutliche Worte erfordern konkrete Taten

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) begrüßt die Resolution des Europäischen Parlaments zum neuen chinesischen Gesetz zur „Förderung ethnischer Einheit und Fortschritts“. Das Parlament benennt darin klar, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) damit ihre Assimilationspolitik gegenüber ethnischen Minderheiten verschärft und kulturelle, religiöse und sprachliche Rechte einschränkt: „Dieses Gesetz schafft eine zusätzliche Grundlage für Assimilation, Repression und schwere Menschenrechtsverletzungen in China“, erklärt Mirjam Kobold, GfbV-Referentin für Genozid-Prävention und die Schutzverantwortung. „Die KPCh legalisiert damit eine Politik, die sie gegenüber Tibetern, Uiguren, Mongolen, Hui und weiteren Minderheiten seit Jahrzehnten praktiziert: die Unterordnung von Sprache, Kultur, Religion und Bildung unter ein staatlich verordnetes, Han-dominiertes Einheitsverständnis.“

Die GfbV begrüßt ausdrücklich, dass das Europäische Parlament die Rücknahme des Gesetzes fordert und Sanktionen gegen Verantwortliche im Rahmen des EU Global Human Rights Sanctions Regime unterstützt. Die Resolution verweist auf die schwerwiegenden Folgen des neuen Gesetzes für die EU-China-Beziehungen und kritisiert dessen extraterritorialen Anspruch: Für Exilgemeinschaften und Menschenrechtsverteidiger in Deutschland und Europa drohe sich die transnationale Repression des Regimes weiter zu verschärfen. „Auf die deutlichen Worte müssen nun konkrete Schutzmaßnahmen folgen“, so Kobold. „Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen Fälle transnationaler Repression systematisch dokumentieren, auf Einschüchterung und Überwachung politisch, diplomatisch und strafrechtlich reagieren, Betroffene durch sichere Meldewege, humanitäre Visa sowie Schutz- und Aufnahmeprogramme unterstützen und weitere Repression durch gezielte Sanktionen und rechtliche Schritte gegen Verantwortliche verhindern. Sonst bleibt die Resolution ein menschenrechtspolitisches Lippenbekenntnis.“ Die GfbV hatte zuletzt im März ein Side Event zu transnationaler Repression beim UN-Menschenrechtsrat in Genf organisiert.

Zudem hätte das EU-Parlament klarer herausstellen müssen, dass das Gesetz Chinas eigene Autonomieversprechen gegenüber Minderheiten weiter aushöhlt. „Auch bei der Religionsfreiheit bleibt die Resolution unvollständig. Zwar kritisiert sie Eingriffe in die tibetisch-buddhistische Tradition und die Verfolgung des Dalai Lama. Die religiöse Verfolgung muslimischer Minderheiten, insbesondere der Uiguren und anderer Muslime in Xinjiang / Ostturkestan hätte jedoch ebenso ausdrücklich benannt werden müssen“, kritisiert Kobold. Schließlich hätte das Parlament auch die sicherheitspolitische Rahmung des Gesetzes deutlicher kritisieren müssen: Indem Sprache, Religion und kulturelle Eigenständigkeit als Gefahr für „Einheit“ und „Stabilität“ dargestellt werden, schafft die KPCh eine politische und rechtliche Legitimation für weitere Verfolgung, Kontrolle und Überwachung von Minderheiten.

Kontakt: Mirjam Kobold, Referentin für Genozid-Prävention und die Schutzverantwortung

E-Mail: m.kobold@gfbv.de

Pressemitteilung

29.04.2026

EU-Mercosur-Abkommen

NGOs üben scharfe Kritik an vorläufiger Umsetzung

Die Europäische Kommission und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay werden das umstrittene EU-Mercosur-Abkommen ab dem 1. Mai 2026 anwenden.

Mit der geplanten Anwendung des Handelsteils ab dem 1. Mai schafft die EU-Kommission Fakten, noch bevor der Gerichtshof der Europäischen Union seine Stellungnahme vorgelegt und das Europäische Parlament sein Votum abgegeben hat. Dabei hatte das Parlament bereits am 21. Januar 2026 beschlossen, das Abkommen dem Gerichtshof zur rechtlichen Prüfung vorzulegen.

Das bundesweite Netzwerk für einen gerechten Welthandel schließt sich der transatlantischen Kritik zahlreicher Umwelt-, Landwirtschafts-, Entwicklungs- und Verbraucherverbände an.

„Die Vorab-Inkraftsetzung des umstrittenen EU-Mercosur-Abkommens, ohne die Entscheidung des Europäischen Parlaments und die Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof abzuwarten, ist nicht nur kurzfristig, sondern demokratieschädlich.“

Ludwig Essig, Koordinator des Netzwerks gerechter Welthandel

„BAYER, VW, Thyssenkrupp & Co. haben die entsprechenden Sektoren in den Mercosur-Staaten nichts entgegenzusetzen. Darum dürfte sich der Deindustrialisierungsprozess noch einmal beschleunigen, weshalb sich der länderübergreifende lateinamerikanische Gewerkschaftsdachverband CCSCS auch klar gegen den Deal aussprach. Es ist ein Hohn, dass der Handelskontrakt ausgerechnet am 1. Mai vorläufig in Kraft tritt.

Jan Pehrke (Coordination gegen BAYER-Gefahren)

„Indigene Gemeinschaften drohen zu den größten Verlierern dieses Abkommens zu werden. Während in Europa über wirtschaftliche Vorteile diskutiert wird, nehmen vor Ort Landverlust, Vertreibung und Umweltzerstörung zu. Aus indigenen Territorien wird wirtschaftlicher Profit gezogen, ohne dass die Gemeinschaften fair in Entscheidungen einbezogen werden.“

Jan Königshausen (Referent für Indigene Völker, Gesellschaft für bedrohte Völker)

Mit der vorläufigen Anwendung des Handelsabkommens leistet die EU-Kommission den Arbeiter*innen beiderseits des Atlantiks einen Bärendienst. Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Mercosur stehen auf dem Spiel, während Beschäftigte in der europäischen Landwirtschaft um ihre Existenz bangen. Dieses Abkommen an einem 1. Mai in Kraft zu setzen, ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne einsetzen.

Bettina Müller, Referentin für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

Zum Hintergrund

Der Gerichtshof der Europäischen Union prüft nach dem Parlamentsbeschluss im Januar drei Kernfragen:

erstens, ob die Aufspaltung des Abkommens in einen Handels- und einen politischen Teil die Beteiligungsrechte nationaler Parlamente umgeht;
zweitens, ob der sogenannte Rebalancing-Mechanismus europäische Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzgesetze unter Druck setzt, weil bereits neue Schutzregeln bei angeblicher Beeinträchtigung von Handelsvorteilen Gegenmaßnahmen auslösen könnten;
drittens, ob dadurch das europäische Vorsorgeprinzip geschwächt wird.

Gerade der Rebalancing-Mechanismus ist hoch umstritten: Er schafft bestehende Standards nicht automatisch ab, kann aber einen erheblichen Abschreckungseffekt auf künftige Gesetzgebung erzeugen. Neue Regeln – etwa zur EU-Entwaldungsverordnung, zu Lieferketten oder Agrarimporten – könnten aus Angst vor Streitverfahren oder handelspolitischen Gegenmaßnahmen verzögert oder abgeschwächt werden.

In der Kritik steht das Abkommen insgesamt wegen drohender Entwaldung und Klimafolgen, wachsendem Preisdruck auf bäuerliche Betriebe, unzureichendem Schutz von Arbeits- und Menschenrechten, möglichem Druck auf Umwelt- und Verbraucherschutzstandards sowie eines wahrgenommenen Demokratiedefizits durch die Vertragsaufspaltung.

Kontakt: Jan Königshausen, Referent für Indigene Völker

E-Mail: j.koenigshausen@gfbv.de

Pressemitteilung

24.04.2026

Bayer-Hauptversammlung (24.4.)

Indigene Völker in Brasilien bedroht - Bayer muss Export hochgiftiger Pestizide stoppen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat den Bayer-Konzern bei seiner Hauptversammlung am 24. April aufgefordert, Verantwortung für die Gefährdung Indigener Völker durch in der EU verbotene Pestizide zu übernehmen und den Export dieser Pestizide zu stoppen. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert seit Jahren, dass Bayer von den Pestizidproblemen in Brasilien und den gesundheitlichen Schäden, denen indigene Gemeinschaften dadurch ausgesetzt sind, profitiert.

„Brasilien ist seit Jahren ein Zielmarkt für besonders problematische Pestizide. Das wirft eine einfache, aber dringende Frage auf: Welche Verantwortung übernimmt Bayer dafür, wenn Menschen durch den Einsatz seiner Pestizide vergiftet werden und gesundheitliche Schäden davontragen?“, fragte ein Vertreter der GfbV in einem Statement während der Hauptversammlung.

Die GfbV betont, dass indigene Gemeinschaften einer zunehmenden Pestizidbelastung ausgesetzt sind. Ein Fall, der die Bedrohung deutlich macht, ist der Fall der Avá-Guarani im westlichen Paraná. Dort wurden Glyphosat und sein Abbauprodukt AMPA in Wasserquellen nachgewiesen. Betroffene berichten über gesundheitliche Beschwerden wie Erbrechen,

Kopfschmerzen und Reizungen. Diese Vorwürfe sind inzwischen Teil einer formellen Beschwerde gegen Bayer im Rahmen der OECD-Leitsätze.

„Es geht nicht nur um einen einzelnen Fall“, betont Dr. Eliane Fernandes, Referentin für Indigene Völker bei der GfbV. Menschenrechts- und Gesundheitsorganisationen dokumentieren seit Jahren, dass Pestizide in indigenen Gebieten Wasser, Böden, Nahrungspflanzen, Heilpflanzen und die Biodiversität kontaminieren. In einem [Report von 2021 dokumentierte die GfbV](#) mehrere Fälle, in denen Pestizide fahrlässig oder sogar absichtlich in unmittelbarer Nähe oder direkt auf indigene Siedlungen ausgebracht wurden.

„Bayer ist nach der Übernahme von Monsanto Teil eines agrarindustriellen Modells, das auf glyphosatresistenten Kulturen, auf herbizidintensiver Landwirtschaft und auf der Ausweitung von Monokulturen beruht. Dieses Modell hat Folgen. Es produziert Abhängigkeiten, es zerstört Biodiversität, es verschärft Konflikte um Land und Wasser und es trifft überproportional indigene Gemeinschaften“, so Fernandes.

Während der Hauptversammlung appellierte die GfbV an Bayer: „Verstecken Sie sich nicht hinter der Behauptung, alles sei nur eine Frage der richtigen Anwendung. Indigene Völker haben das Recht auf Gesundheit, auf sauberes Wasser, auf gesunde Nahrung, auf ihr unvergiftetes Land und auf den Schutz ihrer Existenz. Sorgen Sie für echte Transparenz. Sorgen Sie für wirksamen Schutz. Sorgen Sie dafür, dass Menschenrechte nicht nur in Nachhaltigkeitsberichten stehen, sondern in Ihrem Handeln sichtbar werden. Stoppen Sie den Export hochgiftiger Pestizide.“

Die Redezeit der GfbV während der Bayer-Hauptversammlung wurde von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) organisiert und von den Kritischen Aktionär*innen zur Verfügung gestellt.

Das Statement wurde von Dr. Eliane Fernandes, Referentin für Indigene Völker, verfasst und von GfbV-Referent Gerrit Hofert während der Hauptversammlung vorgetragen.

Kontakt: Dr. Eliane Fernandes, Referentin für Indigene Völker

E-Mail: e.fernandes@gfbv.de

Pressemitteilung

22.04.2026

Jahrestag des Genozids an den Armeniern (24.4.)

Merz und Wadephul müssen sich für Freilassung armenischer politischer Gefangener einsetzen

Anlässlich des 111. Jahrestages des Beginns des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich am 24. April wenden sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung (AGA) und der Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD) mit einem [Appell an Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Johann Wadephul](#). Die Unterzeichner fordern die Bundesregierung auf, sich stärker für die Umsetzung der Bundestagsresolution zur Anerkennung des Völkermords, die

Freilassung politischer Gefangener und den Schutz der Vertriebenen aus Arzach (Berg-Karabach) einzusetzen.

Am 24. April 1915 begann vor 111 Jahren mit der systematischen Verhaftung, Deportation und Ermordung der armenischen Elite ein Völkermord, dem bis zu 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Der Deutsche Bundestag erkannte dieses Verbrechen vor zehn Jahren offiziell als Völkermord an. Doch die Umsetzung der Resolution, insbesondere die Aufnahme des Themas in die Schullehrpläne, bleibt unvollständig. Die Organisationen fordern, Genozid im Schulunterricht am Beispiel der Völkermorde zu unterrichten, für die Deutschland verantwortlich oder informierter Nutznießer war. Sie appellieren an Merz, dieses bildungspolitische Projekt zu unterstützen, da es „einen wichtigen Beitrag zur Genozidprävention darstellt sowie Empathie, Toleranz und Demokratieverständnis in der Migrationsgesellschaft stärkt“, wie es in dem Appell heißt.

Die Folgen des Völkermords wirken laut den Organisationen bis heute nach: Genozidale Gewalt wiederholte sich in der armenischen Geschichte, zuletzt 2022/23, als die Bevölkerung von Arzach (Berg-Karabach) einer neunmonatigen Blockade ausgesetzt und schließlich vertrieben wurde. Acht ehemalige Regierungsmitglieder der Republik Arzach wurden bei der Ausreise festgenommen und in rechtswidrigen Scheinprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Zu ihnen zählt auch der ehemalige Präsident der Republik Arzach, Arajik Harutjunjan, der zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Anlässlich des Gipfeltreffens der Europäischen Politischen Gemeinschaft (4. Mai 2026) und des EU-Armenien-Gipfels (5. Mai 2026) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich aktiv für folgende Ziele einzusetzen:

- Die umgehende Freilassung der acht ehemaligen Karabacher Regierungsmitglieder und aller aus politischen Gründen inhaftierten Armenier
- Eine Sicherstellung des Rechts auf Rückkehr für die über 106.000 Vertriebenen aus Arzach (Berg-Karabach)
- Verhandlung eines sicheren Zugangs zu Arzach (Berg-Karabach) und Schutz der weltlichen und sakralen Kulturgüter, die derzeit systematisch zerstört werden – darunter die Kirche des Hl. Jakob in Stepanakert
- Eine effektivere, sozial abgesicherte Integrationspolitik für die aus Arzach (Berg-Karabach) vertriebenen Menschen und Unterstützung für die Betroffenen

„Ohne juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der schmerzhaften und von Gewalt geprägten jüngsten Geschichte ist keine nachhaltige Aussöhnung mit Aserbaidschan möglich. Die armenische Nation darf nicht zu dem Schluss gelangen, dass ‚Aussöhnung‘ allein auf ihre Kosten erfolgt“, betonen die unterzeichnenden Organisationen in ihrem Appell.

Für Rückfragen erreichen Sie:

Dr. Tessa Hofmann (Arbeitsgruppe Anerkennung), tessa.hofmann@katwastan.de, 030/851 64

Sarah Reinke (GfbV), s.reinke@gfbv.de, 0551/49906-13

Jonathan Spangenberg (Zentralrat der Armenier), vorstand@zentralrat.org